

Leipzig, m. S. D. ... Verlag ...

Leipziger Tageblatt

Abend-Ausgabe

Handels-Zeitung Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

107. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vorort durch unsere Erleger ...

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die ...

Nr. 631.

Freitag, den 12. Dezember.

1913.

Das Wichtigste.

- * Die Reichsbank hat den Diskont von 5% auf 5 Prozent herabgesetzt. (S. Handels-Bl.)
- * Die Zweite Kammer erledigte am Freitag einige kleinere Statistiken. (S. Ber.)
- * Die griechische Regierung brachte den Mächten zur Kenntnis, daß hinfort die Insel Kreta einen Teil des Königreichs Griechenland bildet. (S. Ausl.)

Zur Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig.

Die Stellung der medizinischen Fakultät.

Wir haben schon wiederholt in unseren Ausführungen zu der geplanten Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig auf die Vorteile aufmerksam gemacht, die sich aus dieser Maßnahme für die wissenschaftliche Arbeit und die praktische Gestaltung des Unterrichts ergeben würden. Wir erhalten nun von wohlunterrichteter Seite eine Zuschrift, die die Stellung der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig zu dieser Frage behandelt und geeignete, irrtümliche Ansichten zu beibringt. Die Zuschrift lautet:

„Zu dem Streit der Meinungen für und wider die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig hat die medizinische Fakultät bisher nicht öffentlich Stellung genommen, sie hat aber sowohl dem Königl. Ministerium als auch dem Rektor der Tierärztlichen Hochschule wiederholt die Erklärung abgegeben, daß sie dem Plane der Verlegung durchaus sympathisch gegenübersteht und sich von dieser auch ihrerseits nicht zu unterziehende Vorteile verspricht. Da aber, wie uns zu Ohren gekommen ist, in Dresden nicht nur Gegner der Verlegung der Tierärztlichen Hochschule in die Universität Leipzig, sondern auch wohlwollende Freunde dieses Planes die Befürchtung hegen, die medizinische Fakultät werde dieser Eingliederung in diffidenten gegenüber, und man würde den Mitgliedern des Lehrkörpers der Tierärztlichen Hochschule vielleicht sogar Schwierigkeiten entgegenstellen, so wird es doch im Interesse der Sache sein, öffentlich zu erklären, daß die medizinische Fakultät der Universität Leipzig gern und freudig entgegensteht und sich aus dem erleichterten Verkehr mit den Lehrkräften dieser Hochschule vielfache Anregung und Förderung ihrer wissenschaftlichen Bestrebungen verspricht.“

Die Forschungen auf dem Gebiete der vergleichenden Anatomie und Gewebelehre, der Physiologie, der experimentellen Pathologie und Therapie sowie der Seuchenlehre bewegen sich in gleicher Richtung und nach gleichen Zielen.

Die großen Ertragschancen, namentlich auf jenen letzten Gebieten, welche für die Menschheit sowie für die Landwirtschaft von größter Bedeutung sind, können nur bei Verfügung über ein mannigfaltiges, großes Tiermaterial gewonnen werden, wie es den Instituten der Tierärztlichen Hochschule in reichlicherem Maße zu Gebote steht.

Diese kurzen Hinweise mögen genügen, um der Ueberzeugung öffentlich Ausdruck zu geben, daß das wissenschaftliche Leben durch die engere Beziehung der in Rede stehenden Disziplinen zum Vorteile beider lebhaftest Förderung gewinnen wird.

Nun ist allerdings von den Gegnern der Verlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig als Argument gegen diese Verlegung die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die praktische Ausbildung von Medizinern und Veterinärmedizinern durch eine zu wissenschaftliche Ausbildung beeinträchtigt werden würde, und daß die Professoren der Tierheilkunde in Leipzig ihr Wirken und den Unterricht zu wissenschaftlich gestalten könnten.

Die Verteidiger dieses Arguments stellen ihrem Bildungsgrade ein wahrhaft betrübendes Zeugnis aus. Dagegen kann nicht scharf genug betont werden, daß die medizinischen Schulen als Teil der universitären Literatur, ebenso wie die tierärztlichen, wenn sie den Namen einer Hochschule verdienen sollen, nicht zu Abstraktionsanstalten herabgedrückt werden dürfen. Sollen sie ihren Rang gleichwertig mit den übrigen Fakultäten aufrechterhalten, so müssen sie auch im Unterricht die wissenschaftliche Darstellung und Begründung jeder praktischen Tätigkeit in leuchtenden Leitern auf ihre Fahne schreiben. Daß die praktische Ausbildung, die nur auf der Basis einer gründlichen wissenschaftlichen Ausbildung erfolgreich zu gestalten ist, nicht Schaden leide, dafür ist durch Einführung zahlreicher für die Studenten obligatorischer Praktika und Übungen unter der Leitung der Dozenten, durch die Bestimmungen der Prüfungsordnung und endlich durch die Ableistung des „praktischen Jahres“ wohl zur Genüge gesorgt.“

Politische Uebersicht

Eine aufsehenerregende Mitteilung im Reichstage.

In seiner gestrigen Reichstagsrede wendete sich Abgeordneter Erzberger u. a. auch mit sehr entschiedenen Worten gegen den Duellzwang. Dabei machte er folgende, in höchstem Grade aufsehenerregende und sehr befremdliche Mitteilung:

„Wird der Kriegsminister darauf dringen, daß der Duellzwang beseitigt wird? Dazu genügt ein Ratsort des obersten Kriegesherrn. Hier in Berlin gibt es ein Institut, das sogenannte Ehrenmänner aussucht, die Ehefrauen zum Ehebruch zu verleiten, um dann ein Duell zu ermöglichen. Der Polizei und der Staatsanwaltschaft ist das Befehlen dieses Instituts bekannt. Gibt es einen tolleren Hohn auf das

Duell? Der Kriegsminister befehle den Duellzwang, und tausend katholische Jünglinge werden die Offizierskarriere ergreifen und damit der Offiziersnot ein Ende machen.“

Vom Regierungstische aus wurde auf diese seltsame Enthüllung merkwürdigerweise mit keinem einzigen Worte eingegangen. Es ist aber unbedingt erforderlich, daß festgestellt wird, ob die Behauptung des Abgeordneten Erzberger in allen Teilen den Tatsachen entspricht, und zwar sowohl was die Existenz dieses anrüchigen „Instituts“ als auch was die Kenntnis der Polizei und der Staatsanwaltschaft von diesem Treiben betrifft. Es ist doch ganz unbegreiflich, daß die Polizei, soll sie wirklich davon Kenntnis haben, ein solches Institut dulden sollte.

Die Einkommensgrenze für die Gewährung von Veteranenbeihilfen.

Verschiedene Anträge weisen darauf hin, daß in den beteiligten Kreisen die Ansicht besteht, die Gewährung von Veteranenbeihilfen wäre von einer bestimmten Einkommensgrenze abhängig. Diese Auffassung ist jedoch nach den Grundbegriffen, die der Bundesrat über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer aufgestellt hat, unzutreffend. Danach ist die Beihilfe nicht an eine bestimmte Einkommensgrenze gebunden, es sollen vielmehr in jedem einzelnen Falle die wirtschaftlichen Lebensbedingungen an dem Wohnort des Kriegsteilnehmers berücksichtigt werden. Als Anhalt dabei kann die getroffene Festsetzung des örtlichen Tagelohnes dienen. Auch der Besitz eines kleinen Kapitals steht der Bewilligung der Beihilfe grundsätzlich nicht entgegen, wenn die Erhaltung des Kapitals im Interesse erwerbsunfähiger Kinder geboten erscheint. Abgesehen hiervon soll in jedem Fall mit Wohlwollen geprüft werden, ob die Aufzuehung des Kapitals den notwendigen Unterhalt sicherstellen würde und ob sie dem Kriegsteilnehmer bei billiger Berücksichtigung aller Umstände zugemutet werden kann. Als geeignete Invalidenpensionen im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer gelten übrigens nicht die Renten aus der Invaliden-, Alters- und Unfallversicherung. Nur Witwenpensionen, Militärrenten und Unterhaltungen aus kaiserlichen Dispositionsfonds sind als Invalidenpensionen zu berücksichtigen.

Briandführer der französischen Opposition.

Als das bemerkenswerteste Ereignis der gestrigen Kammer Sitzung in Paris wird vielfach das Eingreifen des früheren Ministerpräsidenten Briand hervorgehoben, der offensichtlich die Rolle eines Führers der Opposition übernommen habe.

Die konterpointe und gemächliche Freie meint, daß das erste Auftreten des neuen Ministers rium sehr glänzendes gewesen sei und kritisiert insbesondere die rednerische Leistung des Ministerpräsidenten.

Laurel erklärt in der „Humanität“: „Der gestrige Tag hat sowohl der Rechten als auch der radikalen Partei Enttäuschungen bereitet. Die Rechte hatte gehofft, das Ministerium sofort durch einen kräftigen Angriff zu stürzen, und die Radikalen hatten sich eingebildet, daß ihr Ministerium das Pro-

gramm des Kongresses von Pau zum Regierungsprogramm machen würde. Das Kabinett hat jedoch nicht gewagt, ein klares Wort zu sprechen. Ist es vielleicht innerlich entzweit, besteht es vielleicht aus einem linken Flügel unter Führung Caillaux und einem rechten Flügel unter Führung Vivianis? Hat es durch diesen letzteren oder durch andere Minister bereits einen geheimen Einfluß des Elzeas über sich ergehen lassen müssen?“

Bei der Abstimmung über den von der Regierung beschlossenen Antrag Lesfèvre, der (wie von uns gemeldet) mit 283 gegen 214 Stimmen verworfen wurde, stimmten, einem Pariser Telegramm zufolge, dagegen: 25 Mitglieder der demokratischen Linken, 81 Mitglieder der radikalen Linken, 2 Wilde, 130 sozialistische Radikale, 27 republikanische Sozialisten, 11 geeinigte Sozialisten, 7 unabhängige Sozialisten. Dafür stimmten: 19 Mitglieder der Rechten, 33 Mitglieder der Action Libérale, 44 Progressiven, 31 Mitglieder der republikanischen Vereinigung, 15 Wilde, 44 Mitglieder der demokratischen Linken, 12 Mitglieder der radikalen Linken, 10 sozialistische Radikale, 2 republikanische und 4 unabhängige Sozialisten. 76 Deputierte enthielten sich der Abstimmung; 20 waren abwesend.

Deutsches Reich.

- * Die Angelegenheit des Ausbaus der Dresdner Gemäldegalerie wird, wie uns unsere Dresdner Redaktion meldet, die Stadtverordneten von Dresden in ihrer Sitzung am kommenden Mittwoch beschäftigen.
- * Politischer Diskussionsabend. Der National-Liberaler Verein für Leipzig und Umgebung veranstaltet Montag, den 15. Dezember, abends 7-9 Uhr, im Restaurant „Stebanmännerhaus“ seinen zweiten politischen Diskussionsabend. Redner: Oberlehrer Prof. M. Goldacker Leipzig spricht über „Ultramontanismus“; hieran schließt sich freie Aussprache. Jedermann ist hierzu bestens eingeladen.
- * Majestätsbeleidigungsklage gegen den Abgeordneten Wendel. Wegen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wendel ist wegen einer Rede zum Regierungsjubiläum des Kaisers ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Die Einleitung des Verfahrens erfolgte auf Verfügung des hiesigen Oberstaatsanwaltes, nachdem die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden die Erhebung der Anklage abgelehnt hatte.
- * Die Denkschrift über die Rücklagen der Berufsvereinigungen. Schon in den nächsten Tagen wird die Denkschrift der Reichsregierung über die erneute Prüfung der Rücklagen der Berufsvereinigungen an den Reichstag gelangen. Die Denkschrift ist erst jetzt zum Abschluß gebracht, weil man noch die Ergebnisse des Jahres 1912 für die Beurteilung der Frage verwerten wollte. Dem Vernehmen nach kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß eine Forderung der bestehenden Vorschriften nicht angezeigt erscheint.
- * Gründung eines Reichsverbandes der Buchmalerinnen Deutschlands. Im Anschluß an die Modellhutaussstellungen, die am 16. Februar 1914 in Berlin beginnen, findet eine vom Fachverein der selbständigen Buchmalerinnen von Groß-Berlin einberufene Versammlung der deutschen Buchmalerinnen statt, die zur Gründung eines Reichsverbandes der Buchmalerinnen Deutschlands führen soll. Die Vorsitzende des Fachvereins der selbständigen Buchmalerinnen von Groß-Berlin, Frau Ciska Koenig, Berlin O., Wallner-Theaterstraße 27, ist gern bereit, Näheres über die geplante Organisation mitzuteilen.

Die Persönlichkeit des Reichskanzlers

Von Geh.-Rat Prof. Dr. Karl Lamprecht.

Die ersten Tage sind für den Reichskanzler vorüber; er hat sich dem Starke gemahnen gezeigt. In diesem Augenblicke mag den schon milderen Tönen ein Teufel untergelegt werden, der vom Reichskanzler selbst stammt, und der geeignet ist, der überhandnehmenden Kritik in mancher Hinsicht lehrreichen Ausgang zu geben. Im Verlaufe von Erörterungen über die Möglichkeit einer einheitlichen äußeren Kulturpolitik schrieb mir Herr von Bethmann-Hollweg am 21. Juni 1913 das Folgende:

„Ich bin mit Ihnen von der Wichtigkeit, ja der Notwendigkeit einer auswärtigen Kulturpolitik überzeugt. Ich verstehe nicht den Nutzen, den Frankreichs Politik und Weltmacht aus dieser Kulturpropaganda zieht, noch die Rolle, die die britische Kulturpolitik für den Zusammenhalt des britischen Weltreichs spielt. Auch Deutschland muß, wenn es Weltpolitik treiben will, diesen Weg gehen. Wenn auch die Regierung durch Unterstützung und Anregung manchen helfen kann, so muß doch — das liegt in der Natur der Sache — das meiste und die ganze Kleinarbeit von der Nation selbst geleistet werden. Was Frankreich und England auf diesen Gebieten leisten, ist nicht eine Leistung ihrer Regierungen, sondern eine solche der nationalen Gesamtheit, der Einheit und Geschlossenheit ihrer Kulturen, des gesicherten Geltungswillens der Nation selbst. Wir sind noch nicht so weit. Wir sind unserer Kultur, unseres inneren Lebens, unseres nationalen Ideals nicht sicher und bemüht genug. Es liegt wohl in der Eigenart unserer doch wohl individualistischen und noch nicht ausgeglichener Kultur, daß sie nicht die gleiche suggestive Kraft hat wie die britische und französische, daß nicht jeder

Deutsche im Auslande seine Heimat in sich abbildet, wie der Franzose Paris und der Engländer die britische Insel.“

Ich glaube auch, daß die Wichtigkeit der in dieser Richtung zu leistenden Aufgabe bei uns noch von zu wenigen erkannt ist. Wir sind ein junges Volk, haben vielleicht allzuviel noch den naiven Glauben an die Gewalt, unterschätzen die inneren Kräfte und wissen noch nicht, daß, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann. Erst vor einigen Tagen hat Edmond Goswami bei der Gründung einer französischen Gesellschaft für Kulturpropaganda von dem Imperialismus der Idee gesprochen und dabei gesagt: C'est au moment qu'on veut redoubler de force, qu'il faut redoubler de grâce. Für diese Seite des Imperialismus scheinen mir noch nicht alle Deutsche reif zu sein. Es häßter und eben doch noch einiges an aus der Zeit, da Hüderlin sang, daß die Fremden ihr Bestes von Deutschland nehmen und es verschönern, weil die ungeheile Rebe den Boden schwankend umzire.“

Damit wir, wie unsere weltlichen Nachbarn in Zukunft eine Kulturpolitik großen Stiles treiben können, scheint mir neben der inneren Vertiefung und Stärkung unserer Kultur und unseres Kulturbewußtseins noch zu tun, daß unser Volk zu der neuen Aufgabe gewandt werde. Hierzu aber kann die Regierung nichts tun ohne die harte Unterstützung und Mitarbeit der gebildeten Schichten. Die gebildeten Schichten auf dieser Aufgabe hinzuweisen, dazu können die geistigen Führer des modernen Deutschlands das meiste beitragen; und alles, was Sie in dieser Richtung anregend und begeistern werden, wird Ihnen die weltpolitische Zukunft unseres Volkes danken.“

Diesem geistreichen Stützpunkt politischer Betrachtung wird niemand viel wehken wollen; nur mit einem dünnen Strich gleichsam darf es umjogen werden; denn deutlich erscheint hinter ihm das Bild des Kanzlers; es ist persönlich. Ist dies Bild aber dasjenige, das sich die Nation vom Kanzler macht? Ist es wirklich

notwendig, daß das Volk der Dichter und Denker noch länger als ein Jahrhundert langhies Denken mit Philosophie — und welche Philosophie meint man! — und erfahrungreiches Nachdenken mit Schwäche verachsele?

Kunst und Wissenschaft.

- * Zum Studentenstreik. Wie wir erfahren, haben sich dem Streik der Studenten an der hiesigen Universität die Studierenden der Zahnheilkunde an den Universitäten Berlin, Würzburg, Bonn, Heidelberg, Marburg, Freiburg i. B., Greifswald, München, Halle, Jena, Tübingen, Stragburg und Breslau angeschlossen.
- * Uebergehen des Reichsfilmbundes in den Schupverband deutscher Lichtbildtheater. Die in Berlin erscheinende „Deutsche Kino-Wacht“, als offizielles Organ des Schupverbandes deutscher Lichtbildtheater, teilt mit: In der am Mittwoch, den 10. d. M. im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz in Berlin stattgefundenen Vorstandersitzung des Schupverbandes deutscher Lichtbildtheater fand eine wichtige Besprechung statt, die hauptsächlich der gesamten Kinobranche eine entscheidende Wendung geben wird. Der Präsident des kürzlich gegründeten Reichsfilmbundes, Herr v. Langensdorff, sowie der Generalsekretär Dr. Welferich und Herr v. Frankestein von der Filmzeitung „Projection“ waren erschienen, um einer Fülle von neu gegründeten Reichsfilmbundes mit dem schon seit Jahren bestehenden Schupverband deutscher Lichtbildtheater das Wort zu reden. Alletting wurde betont und anerkannt, daß mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichsfilmbundeslegung sowie alle übrigen die Branche betreffenden gemeinsamen Fragen die allgemeine Einigkeit aller Kinointeressenten geboten sei. Präsident v. Langensdorff (Reichsfilmbund) unterbreitete dem Vorstand des Schupverbandes deutscher

Lichtbildtheater folgendes Angebot: 1. Der Reichsfilmbund geht in den Schupverband deutscher Lichtbildtheater über. 2. Mit diesem Augenblicke ändert der Schupverband deutscher Lichtbildtheater seinen Namen in „Reichsfilmbund“. 3. Der neue Reichsfilmbund übernimmt die bestehenden Verpflichtungen materieller und ideeller Natur. Der Vorstand des Schupverbandes deutscher Lichtbildtheater wird diesen Vorstoß in seinen angegliederten Verbänden unverzüglich beraten, und die näheren Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Die denkenden Tiere in Oberfeld und Mannheim sind neuerdings durch den Vertreter der Psychologie von der Universität Basel und Director der Kantonalen Irrenanstalt, Professor Dr. Gustav Wolff, der sich auch als Zoolog durch experimentelle und kritische Arbeiten einen bedeutenden Namen gemacht hat, beobachtet worden. Professor Wolff wird die Ergebnisse seiner Untersuchungen im Januarheft der „Süddeutschen Monatshefte“ veröffentlichen.

Wagner und Offenbach. Der jetzt achtzigjährige Wilhelm Ganz, eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des englischen Musiklebens, hat kürzlich Lebenserinnerungen erscheinen lassen, in denen eine Reihe hübscher Einzelzüge von berühmten Musikern mitgeteilt wird. Wir finden darunter eine unsere Weltens noch unbekanntes kleine Geschichte über die Beziehungen zwischen Wagner und Offenbach. Wagner hatte die bekannte Schrift über das Judentum in der Musik verfasst, die, wie Ganz betont, sehr häufig und nicht persönlich aufzuweisen war, da Wagner eine ganze Anzahl guter Freunde jüdischen Glaubens hatte. Auch Offenbach erhielt ein Exemplar. Als er sie gelesen hatte, schrieb er an Wagner: „Lieber Wagner, Sie sollten sich lieber an die Musik halten.“ Als Antwort schickte Wagner ihm ein Exemplar der Partitur der Westflinger. Wenige Tage später empfing er von Offenbach das folgende Briefchen: „Lieber Wagner, ich denke, Sie sollten sich lieber an Bücher schreiben halten.“